



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Helge Limburg
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Anette Kramme MdB

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin der Justiz
und für Verbraucherschutz

HAUSANSCHRIFT Anton-Wilhelm-Amo-Straße 37,
10117 Berlin
TEL (030) 18 580-9010
E-MAIL buero-pst@bmjv.bund.de

4. September 2025

Betreff: Ihre Schriftliche Frage Nr. 8/385

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 8/385:

Plant die Bundesregierung Reformen zur Verbesserung der juristischen Ausbildung, auch vor dem Hintergrund der von der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Stefanie Hubig angesprochenen Herausforderung des Nachwuchsmangels in der Justiz (www.lto.de/recht/justiz/j/amtsuebergabe-bundesjustizministerium-bmjv-volker-wissing-stefanie-hubig-afd-verfassungsschutz-justiz), und wenn ja, welche?

Antwort:

In Folge der verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung kommt die Ausgestaltung der juristischen Ausbildung im Wesentlichen den Ländern unter Beachtung der den Universitäten zukommenden Wissenschaftsfreiheit zu. Der Bund setzt mit den §§ 5 folgend des Deutschen Richtergesetzes nur den Rahmen für die juristische Ausbildung.

In diesem beschränkten Handlungsrahmen hat der Bund in jüngerer Vergangenheit einige Neuregelungen erlassen, um die Attraktivität der juristischen Ausbildung zu steigern. Beispiele hierfür sind die verpflichtende Einführung eines Teilzeitreferendariats und die Möglichkeit, schriftliche Prüfungsleistungen auch in digitaler Form erbringen zu können.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) beobachtet darüber hinaus die Ansätze für eine Reform der juristischen Ausbildung genau und begleitet die entsprechenden Reformdiskussionen. Dies geschieht insbesondere im Rahmen des Koordinierungsausschusses für die juristische Ausbildung, in dem sich das BMJV als Gast stets intensiv einbringt und sich auch an einer Arbeitsgruppe beteiligt. Diese beschäftigt sich mit den Fragen, wie der ‚Jurist und die Juristin der Zukunft‘ ausgebildet werden soll und wie die juristische Ausbildung attraktiver gestaltet werden kann. Unser Haus prüft kontinuierlich, ob und gegebenenfalls welche weiteren Regelungen zur Erhöhung der Attraktivität der juristischen Ausbildung im Bereich der engen Bundeszuständigkeit in Betracht kommen könnten.

Neben der Ausbildung sind insbesondere auch die personelle Ausstattung, der Grad der Digitalisierung und die Effektivität von Verfahrensordnungen wichtige Kriterien für die Attraktivität justizieller Berufe. Wichtige Impulse in allen drei Bereichen gehen von dem von Frau Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Stefanie Hubig aufgelegten Pakt für den Rechtsstaat mit den Bundesländern aus.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. Hubig', written in a cursive style.